

duktbezogene Ökobilanzierung, ABC-Bewertung im Rahmen des Öko-Controlling, Umweltkennzahlen, Öko-Benchmarking oder Umweltberichte und Umwelterklärungen. Unternehmen können somit bereits heute auf eine Vielzahl geeigneter Instrumente zurückgreifen. Viele der Instrumente sind allerdings nach wie vor in Entwicklung und bedürfen der weiteren Verbesserung. So dürften beispielsweise Umweltkennzahlen als wichtiges Instrument für den Vergleich der Umweltschutzleistung über die Jahre oder im Vergleich zum Branchendurchschnitt gelten.

► Umwelt- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Ihren Handlungsspielraum bestimmen Unternehmen nicht allein: So wichtig es ist, aufzudecken und aufzuzeigen, wo die ökologischen und nachhaltigkeitsbezogenen Handlungsspielräume im Unternehmen liegen, so wichtig ist auch die Kenntnis der Steuerungsgrenzen des Akteurs Unternehmen. Die Nachhaltigkeit von Unternehmen hängt auch von den umwelt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Markteinflüssen und öffentlichen Diskussionen und Kampagnen ab. Neben Ge- und Verboten, Ökosteuern oder Umwelthaftung braucht es daher von staatlicher Seite in den kommenden Jahren eines nationalen Umweltplans, an dem sich Branchen und Unternehmen bei der Formulierung von Umweltzielen und der Prioritätensetzung orientieren können. Eine wichtige Rolle spielen auch Presse und Medien: Durch die Beeinflussung und Steuerung öffentlicher Meinung haben sie eine besondere Verantwortung und Aufgabe, wenn es darum geht, Unternehmen zur Nachhaltigkeit zu bewegen. Das Herausheben von Vorreiterunternehmen, die öffentlichkeitswirksame Vergabe von Umweltpreisen oder wissenschaftlich fundierte Rankings können hier einen wichtigen Beitrag liefern.

Der Autor

Klaus Fichter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin.

Kontakt: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Giesebrechtstr. 13, 10629 Berlin, Tel. (030) 884594-0

Die Wuppertal-Studie als Herausforderung für die Arbeitssoziologie

Welche Zukunft hat die Arbeit?

Die Leitbilder der Wuppertal-Studie beschreiben einen ökologischen Wohlstand, aber nicht die Zukunft der Arbeit. Schon an einigen Beispielen zeigt sich die Vielfalt der provokativen und riskanten Infragestellungen, die die Studie für Arbeitspolitik enthält. Gleichzeitig wird offenbar, wie wenig die arbeitspolitische Debatte auf Fragen dieser Art vorbereitet ist.

Von Eckart Hildebrandt

Die Wuppertaler Studie stellt eine produktive Herausforderung auch für die arbeitssoziologische Forschung dar: Geht diese doch bisher von den strukturellen und strategischen Vorgaben von Unternehmen und Staat aus, analysiert die sozialen Folgen der neuen Produktionskonzepte und versucht, Elemente einer humanen Arbeit zu verstärken bzw. zu bewahren. Die offensiven Schutz- und Gestaltungsansätze der siebziger Jahre sind dabei zunehmend den Restriktionen von internationalem Wettkampf und Krise zum Opfer gefallen; die Hoffnungen richten sich auf Qualitäts- und Beteiligungspotentiale neuer Managementstrategien.

► Provokationen für die Arbeitspolitik

Die Konzepte des nachhaltigen Wirtschaftens stehen demgegenüber für einen ganz anderen Ansatz, nämlich Anforderungen an gesellschaftliche Gestaltung aus einem notwendigen Zielzustand abzuleiten und danach zu fragen, wie wir zu diesem Ziel kommen können. Diese Sicht enthält für die Arbeitspolitik zwei Provokationen:

- erstens den Blickwechsel weg von den Beharrlichkeiten der gewachsenen Strukturen, Strategien und Prozessen hin zu „externen“ Zukunfts-Anforderungen;

- zweitens die Relativierung der Erwerbsarbeit, ja der sozialen Frage.

Sustainable-Development-Konzepte leiten aus globalen ökologischen Existenzbedingungen die Rahmenbedingungen für Zukunftsarbeit ab: Das Problem ist dann die Abstimmung und Interdependenz zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen. Arbeit erscheint in der Studie als abhängige Variable einer prioritären Ökologie, die sich erst bei der Umsetzung der Konzepte in partizipatorische Prozesse einbringt bzw. selbstorganisiert.

Sozialer Bezugspunkt der Studie ist darüber hinaus nicht Arbeit als zentrale Produktivkraft der Gesellschaft, sondern eine neue Form von Wohlstand, bei dem Arbeit und insbesondere Erwerbsarbeit eine abnehmende Rolle spielt. Die Erwerbsarbeitszentrierung, auf der zur Zeit (und wieder zunehmend) gesellschaftlicher Status, soziale Sicherung, Selbstbewußtsein und nicht zuletzt das Selbstverständnis der Gewerkschaften aufbauen, wird zugunsten anderer Leitbilder infrage gestellt.

Schließlich scheint die Studie der impliziten Annahme zu folgen, daß eine konsequente Ökologisierung der Gesellschaft automatisch zu einem neuen Wohlstand führt. Abgesehen davon, daß diese Annahme nur sehr selektiv belegt ist, knüpft dieser ökologische Wohlstand weder an die gegenwärtige Zentralität von Erwerbsarbeit noch an die Komfotelemente des gegenwärtigen Wohlstandsmodells an. Auch hier erzeugen SD-Konzepte existenzielle Infragestellungen und Verunsicherungen bei den Arbeitenden, die nicht durch Brückenschläge zum anderen Wohlstand aufgefangen werden.

Anzeige

Politische Ökologie

Zukunftsfähige Demokratie?

Wie muß ein politisches System verfasst sein, das den Anforderungen eines zukunftsfähigen Deutschland gerecht wird? Mit welchen Strategien kommen wir dorthin? Welche Risiken sind damit verbunden? Lesen Sie die Politische Ökologie Nr. 46

Ab Ende April '96 für DM 19,80 direkt erhältlich bestellen bei:

- **ökom** GmbH
- Waltherstr.29, Rgb.
- 80337 München
- Tel.: 089/544 184-0
- Fax: 089/544 184-

Ein wesentlicher Ansatzpunkt hätte die „Produktverantwortlichkeit“ des Einzelnen sein können, insbesondere in der großen Industrie, wo die ressourcenverschlingenden Produkte, Dienstleistungen und Nutzungskonzepte entwickelt und hergestellt werden.

► **Die Schwierigkeiten bei der Einbeziehung der sozialen Frage**

In der Studie bilden die Leitbilder das entscheidende Scharnier zwischen den quantitativen Reduktionszielen und den Lebenswelten der Menschen. Sie sollen – im Gegensatz zu einer festen strategischen Vorgabe – den Wandel orientieren, den „eine Vielzahl von Akteuren in den Arenen der Gesellschaft“ (113) vollziehen. Sie basieren auf „Ideen und Initiativen ökologiebewußter Menschen“, lassen bei aller Vielstimmigkeit „immer wieder eine Grundmelodie anklängen, ...die die Suche nach einer zukunftsfähigen Zivilisation durchzieht.“ (ebenda) Und hier setzt die Irritation von Arbeitnehmern ein. In welchem sozialen Kontext stehen die Leitbilder, wie sind sie entstanden, welcher sozialen Gruppe und welchem Kulturkreis sind sie zugehörig? Kurz, die soziale Ungleichheit scheint in den Leitbildern verschwunden, obwohl sie Bewußtsein und Lage der Arbeitnehmer bestimmt. Sie scheinen unabhängig von der Zugehörigkeit zu arm und reich, gebildet und ungebildet, sozial abgesichert oder unabgesichert, zu Nord oder Süd. Das impliziert, daß Arbeitnehmer als Arbeitende ihre Existenz und ihre Ziel in den Leitbildern kaum wiederfinden, daß es offensichtlich verschiedene Leitbilder im gleichen Gestaltungsfeld gibt.

Die Leitbilder der Wuppertal-Studie beschreiben einen ökologischen Wohlstand, aber nicht die Zukunft der Arbeit. Die Trennung zwischen Ökologie und Sozialem ist auch in den Leitbildern nicht aufgehoben. Im Gegenteil, dasselbe Leitbild erhält in unterschiedlichen Kontexten fast gegensätzlichen Gehalt, z.B. der Zeitwohlstand eines Arbeitslosen und der eines Coupon-Schneiders.

Der Umgang der Studie mit sozialer Ungleichheit wird sogar fatal, wenn sie die Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd als Grundprinzip neben die ökologische Nachhaltigkeit stellt (4), aber die soziale Gerechtigkeit in einem Land vergißt. Das fördert die Entstehung falscher Konfliktlinien zwischen der Umverteilung im eigenen Land (Sozialpolitik) und weltweiter Gerechtigkeit (Umweltpolitik).

Empfehlungen für Anschlußstudien

In dem nebenstehenden Beitrag wird gezeigt wie dringend notwendig Anschlußstudien zu „zukunftsfähiger Arbeit“ sind. Elemente dieser Studien könnten nach Ansicht des Autors sein:

- eine Diskussion zwischen verschiedenen Leitbildern, in die z. B. das Leitbild „Zukunft der Arbeit“ des DGB eingehen müßte;
- eine Diskussion über den Zusammenhang von individuellen Arbeitsstilen und Lebensstilen, von deren aktuellen Umbrüchen und Ausdifferenzierungen und der Frage, inwieweit sich ökologische Orientierungen mit diesen Umbrüchen verbinden lassen (insb. bei den neuen Arbeitszeitformen);
- eine Diskussion von neuen Modellen der Normalarbeit, des Verhältnisses der verschiedenen Arbeitsformen zueinander und der Konstruktion der Grundsicherung;
- eine Sammlung guter Beispiele von neuen Arbeits- und Lebensformen, in denen konkrete Wohlstandsgewinne mit Reduktion ökologischer Belastung verbunden wurden;
- die Diskussion gewerkschaftlicher Strategien in ihrem Verhältnis zu SD-Konzepten und den Möglichkeiten der Kompetenzerweiterung und Integration (z.B. des „Bündnis für Arbeit“).

Das Mißtrauen gegenüber Sustainable-Development-Konzepten wird noch verstärkt, wenn unklar bleibt, wie Kosten und Nutzen des ökologischen Umbaus verteilt werden (die neue, ökologische Verteilungsfrage). Diese Frage ist mit dem Verhältnis zwischen Effizienzsteigerung und Suffizienz angesprochen. Wer lange „über seine Verhältnisse gelebt hat“, und das sagt uns die Ökologiebewegung, muß Naturverbrauch reduzieren. Naturverbrauch hieß Kosteneinsparung, Beschleunigung, Erholung; Reduktion des Naturverbrauchs heißt dann schlicht Einschränkung des erreichten Wohlstands. Der angepreisene andere Wohlstand mit weniger Naturverbrauch erscheint demgegenüber als politischer Taschenspielertrick. Denn die seit Jahren wieder wachsende soziale Ungleichheit national und international sowie das Wissen um die ökologischen Externalisierungsstrategien der Reichen stützen die Befürchtung, daß die ökologische Ungleichverteilung die bestehende soziale Ungleichheit eher noch verstärken wird.

► **Die Ambivalenz des alten Wohlstandsmodells ausgeblendet**

Ein zweiter Sachverhalt, der grundsätzlich den Zugang zu den Leitbildern erschwert, ist die schwarz-weiß Folie zwischen altem und neuem

Wohlstandsmodell. Die Ambivalenz und die Zwangsstrukturen des derzeitigen Wohlstandsmodells, die der Mehrzahl der Menschen bewußt sind und unter denen sie leiden, tauchen in den Leitbildern nicht auf. Stattdessen wird ihnen suggeriert, daß, wenn sie nur diesen Leitbildern folgen wollten, konfliktfreie und schnelle Schritte zu neuem Wohlstand möglich sind. Die widersprüchlichen Anforderungen des Alltags z.B. an die Auto-Nutzung, der Konflikt zwischen dem Wissen um dessen Schädlichkeit einerseits und dessen Komfort und Freiheitsgewinne andererseits sind nicht aufgehoben. Das Fehlen der Inkonsistenzen aller sozialen Situationen und Verhaltensweisen, des Bemühens um eine erträgliche und reflektierte, alltägliche Lebensführung als Grundproblem läßt die Leitbilder als glatt und abgehoben erscheinen.

Zustandsbeschreibung und Zukunftsvision von Arbeit verbergen sich hinter dem Kontext „soziale Fairneß“, eine Begrifflichkeit, die eher einem britischen Polospieler als einem Arbeitssoziologen vertraut sein dürfte. Über Inhalt und Form der Erwerbsarbeit selbst erfährt man entsprechend wenig, außer daß sie sich aufgrund der Rationalisierung dramatisch reduziert. Dementsprechend liegt die Zukunft der Arbeit in der Verringerung des Volumens der Erwerbsarbeit (273). Mehr freie Zeit, lokal-regionale Märkte, Eigenarbeit, Selbstversorgung und freiwillige Solidargemeinschaften lauten die Perspektiven. Auch hier stimmen die Erfahrungen der Beschäftigten nicht mit den Beschreibungen überein. Einmal steigt die Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit; die Möglichkeiten, außerhalb der Erwerbsarbeit sein Mindesteinkommen oder seine Mindestversorgung zu sichern, sind eher abnehmend.

Zum anderen widerspricht diese Beschreibung den gegenwärtigen Entwicklungsdynamiken in den Arbeits- und Lebensstilen: Beschleunigung der Produktzyklen und verschärfte Zeitökonomie in den Betrieben (d.h. Arbeitsintensität), steigende Mobilität und Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen (d. h. mehr arbeitsgebundene Zeit), steigende Kostenkonkurrenz (d. h. stagnierende Einkommen, aber auch erweiterte Konsumangebote), steigende Lebenshaltungskosten und Komforterwartungen, eher zunehmender Zeitstreß u.a. aufgrund immer individualisierterer Lebensführung. Diesem Zwangskorsett kann man unter den Bedingungen der fortschreitenden Kommerzialisierung aller

Lebensbereiche, nur – so das Leitbild unserer Gesellschaft – durch steigende Einkommen entgehen. Nur ab einem höheren und sicheren Einkommensniveau eröffnen sich die Qualitäten von Zeitwohlstand und Eleganz der Einfachheit. Erst dort verzweigen sich die Lebensstile, eröffnen sich Alternativen zu den material- und entfernungsintensiven Lebensstilen. Unterhalb dieses Einkommensniveaus dominieren Mangel und Verzicht, dominiert die Sicherstellung der Versorgung ökologische Bedenken. Aus diesem Grund stehen wir auch vor der Gefahr einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, in eine internationale Verschwendungswirtschaft und eine davon abhängige, lokale Mangelökonomie. Zwischen ihnen herrscht ein Verhältnis von Abstieg und Aufstieg, die Leitbilder verkehren sich in ihr Gegenteil (nach dem Motto: Wohlstand durch gut leben statt viel arbeiten).

► Neubewertung der Arbeit

Erfreulicherweise macht die Studie keine billigen Hoffnungen auf zusätzliche Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Vielmehr stößt sie mit der Aufforderung zu einer „Neubewertung der Arbeit“ in das sensible Zentrum des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses vor. Vollbeschäftigung würde nur mit einer deutlich geringeren Gesamtarbeitszeit und auch geringeren Löhnen zu haben sein. Neben die Erwerbsarbeit würden verschiedene Formen der Reproduktionsarbeit treten, Dienstleistungen, informelle Tätigkeiten, Eigenarbeit und Selbsthilfe, und auch mehr Muße. Die finanzielle Absicherung wird durch Modelle der erwerbsarbeitsunabhängigen Grundsicherung angestrebt. Hier ist m.E. die zentrale Debatte aus arbeitspolitischer Sicht anzusetzen: muß, um überhaupt in Zukunft eine Chance auf gerechte und solidarische Verhältnisse zu haben, das bisherige Modell der Normalarbeit (kontinuierliche Vollzeitarbeit) durch ein neues Modell der Mischarbeit bei Mindesteinkommenssicherung ersetzt werden? Das wäre auch ein neues Verständnis von Vollbeschäftigung, das auf einer Pluralisierung von Arbeitsformen und Lebensstilen aufbaut.

Der Autor

Eckart Hildebrandt (Privatdozent) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin.

Kontakt: Wissenschaftszentrum Berlin, Reichpietschauer 50, 10785 Berlin, Tel. (030) 25491-0

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung – eine Zwischenbilanz

Der Streit um den Begriff

Was genau ist unter dem Schlüsselbegriff der neunziger Jahre „nachhaltige Entwicklung“ zu verstehen? Die wissenschaftliche Dimension dieser Diskussion läßt sich kaum von der politisch-strategischen loslösen: Je nach Begriffsinhalt impliziert dieser sehr unterschiedlich weite und einschneidende politische Folgerungen.

Von Hans Diefenbacher
und Ulrich Ratsch

Es ist mittlerweile unstrittig, daß „nachhaltige Entwicklung“ zu einem der politischen und ökonomischen Schlüsselbegriffe der neunziger Jahre geworden ist. Je populärer der Begriff jedoch wurde, desto heftiger wurden allerdings auch die Auseinandersetzungen um die Frage, was genau darunter zu verstehen sei. Daß der Streit um den Begriff letztlich auch in Form einer Konkurrenz um die beste Übersetzung von „sustainable development“ geführt wird – derzeit sind vorwiegend die Varianten „dauerhaft-umweltgerechte“, „zukunftsfähige“ oder „zukunftsbeständige“ und eben „nachhaltige Entwicklung“ zu finden – ist ein weiteres Anzeichen dafür, daß sich die wissenschaftliche Dimension dieser Diskussion kaum von der politisch-strategischen Dimension loslösen läßt.

Dabei besteht weitgehend Konsens darüber, daß dem Ziel der Nachhaltigkeit nur durch die Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte in ihrem gegenseitigen Bedingungsverhältnis näher zu kommen ist. Aber auch die Frage der relativen Gewichtung der Bedürfnisse der gegenwärtig lebenden Menschen und künftiger Generationen muß Eingang in aktive Wirtschafts- und Umweltpolitik finden, da heute noch nicht lebende Menschen in gegenwärtigen Märkten noch nicht „mitbieten“ können. Völlig ungelöst ist dabei die Frage, ob das Ziel der Nachhaltigkeit nur dann erreicht werden kann, wenn der Bestand des Naturkapitals möglichst unverändert erhalten wird oder ob und inwieweit es zulässig sein kann, natürliches durch von Menschen produziertes Kapital zu ersetzen. Während die „harte“ Variante der Definition das Ziel von vornherein unerreichbar macht und ihm daher dann allenfalls noch theoretische Relevanz zukommt, fördert eine großzügige Handhabung der Substituierbarkeitsregel sogar noch das allmähliche Ver-

schwinden der Natur in der Akkumulation von Kapital (1). Die „goldene Regel“ ist hier noch nicht gefunden.

Doch gleichgültig, mit welchem Grad der Entschiedenheit der Begriff der Nachhaltigkeit definiert wird – bei allen Problembereichen, die in diesem Zusammenhang politikrelevant sind, stellt sich unmittelbar die Frage nach adäquaten Informationssystemen. Die Kontrolle von Erfolg und Mißerfolg politischer Eingriffe, die ja getätigt werden, um bestimmte Ziele zu verfolgen, ist immer dann besonders schwierig, wenn in der Gesellschaft kein Konsens über den erwünschten „Zielerreichungsgrad“ besteht: Wie sauber soll „die Umwelt“ sein, welche Rest-Verschmutzungen werden angesichts zunehmender Grenzkosten etwa bei der Abgasreinigung von Kraftwerken noch zugestanden? Derartige Abwägungen sind erforderlich, wenn knappe Mittel für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden können, was so gut wie immer der Fall ist: Ausbau einer Umgehungsstraße oder mehr Kindergärten, neue Schule oder neue Kläranlage? Die Verwirklichung jeder dieser Alternativen wird in der Regel die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen, aber verschiedene Individuen werden in unterschiedlichen Zeiträumen und auf sehr unterschiedliche Weise davon profitieren. Erst dann, wenn es darum geht, eine bestimmte Lösung derartiger Zielkonflikte zu legitimieren, erfolgt häufig ein Rückgriff auf abstrakte, politikleitende Kategorien – eben zum Beispiel auf den Begriff der Nachhaltigkeit.

► Kriterien für Informationssysteme

Wie also soll Nachhaltigkeit gemessen werden? Zunächst hat die Debatte um Nachhaltigkeit spätestens seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) deutlich gemacht, daß die dort avisierten Zielsetzungen ein Zusammen-

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.